

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/28

9. Februar 1972

Die Einladung aus Israel

Ein bedeutungsvolles Kapitel deutsch-israelischer Beziehungen

Seite 1 / 39 Zeilen

Schulbücher auf dem Prüfstand

Falsche Klischees bestimmen oft das Geschichtsbild

Seite 2 und 3 / 65 Zeilen

Tierschutz richtig verstanden

Auch ökonomische Notwendigkeiten sind zu beachten

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Seite 4 / 42 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Arbeitnehmerschaft offen diskriminiert

Seite 5 und 6 / 59 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 885 848 / 880 847
885 848 PPP Q

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die Einladung aus Israel

Ein bedeutungsvolles Kapitel deutsch-israelischer Beziehungen

Es steht nun fest: Willy Brandt, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, wird Gast der Regierung von Israel sein. Eine Einladung liegt vor. Wann der Besuch erfolgen wird, ist zwar noch offen, aber er dürfte wohl noch in diesem Jahr stattfinden. Es ist die erste Einladung, die an einen amtierenden Regierungschef der Bundesrepublik vom Staat Israel erfolgt. Diesen Besuch kommt mehr als symptomatische Bedeutung zu. Er markiert ein bedeutungsvolles Kapitel deutsch-israelischer Beziehungen. Die Vorgänger von Willy Brandt, Adenauer und Erhard, beide hochverdient um das Werk der Aussöhnung mit dem Volk der Juden, kamen seinerzeit als Privatreisende; sie verfügten zwar nicht mehr über die Regierungsmacht, doch sie konnten sich auf die einmütige Zustimmung unseres Volkes berufen, als sie den Versuch eines Brückenschlages zu Israel wagten.

Zwischen der Bundesrepublik und Israel gibt es keine Spannungen. Beziehungen besonderer Art verbinden jedoch beide Staaten. Sie richten sich gegen niemanden. Die Israelis haben Verständnis dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland versucht, ein gutes Verhältnis auch zu den arabischen Staaten zu pflegen und bereit ist, mit jenen Staaten, die die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik unterbrochen haben, diese wieder, wenn sie es wollen, aufzunehmen. Andererseits läßt Bonn die Art seines Verhältnisses zu Israel nicht von außen bestimmen. Es ist, wie gesagt, von besonderer Art, erklärbar aus dem schrecklichen Hintergrund dessen, was im geschändeten Namen unseres Volkes den Juden an unfabbarem Leid zugefügt worden ist.

Dies ist ein weites, von düsterer Tragik unwittertes Feld deutsch-jüdischer Geschichte und das letzte Kapitel wird auch mit dem kommenden Besuch des deutschen Bundeskanzlers in Israel noch lange nicht abgeschlossen sein. Es bedarf noch mancher Fortsetzungen. Es ist gut, daß die Bundesrepublik Deutschland in den Überlegungen der führenden Männer Israels als ein zur Kooperation bereiter Faktor bewertet wird, mit dem man vertrauensvoll auf weiten Gebieten zusammenarbeiten kann. Dafür bürgt Willy Brandt, der Träger des Friedensnobelpreises, und die Regierung der sozialliberalen Koalition, auf die er sich stützt. Israel kann sich auf die Bundesrepublik verlassen. Das wird sich bei den schwierigen Fragen, die das Verhältnis dieses Staates zur EWG betreffen, noch beweisen. (ex/ex/9.2.1972/sgy)

Schulbücher auf dem Prüfstand

Falsche Klischees bestimmen oft das Geschichtsbild

Bayerns Kultusminister Professor Hans Maier wird demnächst im Landtag eine parlamentarische Anfrage über Inhalt und Tendenz von Geschichts- und Sozialkundebüchern der gymnasialen Oberstufe und der Realschulen zu beantworten haben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Karl Weishäupl als Fragesteller bezieht sich auf eine Untersuchung, die der Münchener Redakteur Dr. Peter Kritzer, Historiker aus der Schule des Landesgeschichtlers Professor Karl Bosl, im Auftrag des Münchener Instituts für Sozialpolitik und Arbeitsrecht angestellt hat.

Gegenstand der Untersuchung waren die Aussagen über Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in elf Geschichts- und 14 Sozialkundebüchern, sämtliche mit Erscheinungsjahr 1960 und später. Die meisten der Bücher sind in mehreren Bundesländern, einige bundesweit, verbreitet.

Der Verfasser der Studie kommt zu dem Ergebnis, daß einige Bücher ausgezeichnet sind, bei der Mehrzahl aber mehr oder minder gewichtige Einwände bestehen - wobei sich die Urteile auf die Thematik Arbeiterbewegung und Sozialpolitik beziehen.

Nach dem Resultat der Untersuchung dominiert in den Büchern ein traditionelles Geschichtsverständnis. Dementsprechend wird Geschichte überwiegend als Geschichte der Staaten, ihrer Außenpolitik, Kriege und Staatsaktionen abgehandelt. Gesellschaftsgeschichte und Parteiengeschichte treten demgegenüber zurück.

Bei der Behandlung der deutschen Arbeiterbewegung liegt das Schwergewicht auf der Zeit vom kommunistischen Manifest bis zum Abschluß der Bismarckschen Sozialgesetzgebung. Vorgänge wie der Revisionismusstreit, die Massenstreikdebatte, die Geschichte der USPD, der KPD in der Weimarer Republik oder das Godesberger Programm der SPD bleiben so gut wie überall unberücksichtigt. So wird

in einem der Bücher die Politik Bismarcks in den knapp zehn Jahren vom preußischen Verfassungskonflikt bis zur Reichsgründung auf fünf Seiten ausgebreitet, die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Sozialgesetzgebung von 1863 bis 1913 auf eineinhalb Seiten zusammengedrängt.

Die Irrtümer reichen von komplizierten Fragen der Interpretation bis zu schlichtem Unsinn, wobei dann zwei mal zwei fünf ergeben. Da wird z.B. verabsolutierend behauptet, daß die Lehre von Marx "letztlich Heilslehre ist: Die Lehre von der messianischen Berufung des Proletariats. Bourgeoisie und Proletariat sind keine einander einfach gegenüberstehenden Klassen, sondern die einen sind die Kinder der Finsternis, die anderen die des Lichts..." Die Verfasser übersehen neben anderem, daß Marx schon im Kommunistischen Manifest die Funktion der Bourgeoisie bei der Entwicklung der Wirtschaft hervorgehoben und die antiliberalen Bündnispolitik Lassalles verurteilt hat. Das Eisenacher Programm von 1869 soll "streng marxistisch" gewesen sein; der Einfluß Lassalles - Produktivgenossenschaften - fällt unter den Tisch. Von Lassalle heißt es, er sei für die "Gewinnbeteiligung" der Arbeiter eingetreten. Im offenen Antwortschreiben wird aber für die Arbeiter der unverkürzte Arbeitsertrag gefordert. Produktion und Produktivität, Sozialversicherung und Arbeiterschutz werden verwechselt. Die Unternehmer des 19. Jahrhunderts erscheinen als individuell Schuldige, als Protzen und böswillige Ausbeuter; den Autoren fällt in ihrer Naivität gar nicht auf, daß sie auf diese Weise vulgärmarxistische Agitation betreiben.

In den Sozialkundebüchern wird hier oder dort staatlicher Kontrolle der Lohnbewegungen das Wort geredet, den Unternehmern aber ungehinderte Nutzung aller Möglichkeiten des Marktes zugestanden. Die Angestellten werden samt und sonders dem "Mittelstand" zugerechnet, auf Grund eines behaupteten subjektiven Bewußtseins; objektive Kriterien fallen unter den Tisch.

Insgesamt: Viele falsche Klischees, die oft in fast wörtlicher Übereinstimmung in mehreren Büchern auftauchen. Die ohnehin oft nicht sehr sachkundigen Autoren vervielfachen also die Fehler durch fleißiges Abschreiben voneinander. (PK/ex/9.2.1972/ks)

Tierschutz richtig verstanden

Auch ökonomische Notwendigkeiten sind zu beachten

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Berichte über gequälte Tiere empören den zivilisierten Leser ebenso und manchmal mehr als die täglichen Qualen der vom Dauerkrieg Heimgesuchten in fernöstlichen Ländern. Man mag darüber streiten, ob hier das Maß der Aufregung im rechten Verhältnis steht. Immerhin wird deutlich, daß sich die Grundeinstellung des Menschen zum Tier gewandelt hat. Obwohl das Bürgerliche Gesetzbuch den lebenden Vierbeiner noch immer einem vierbeinigen Stuhl gleichsetzt, in dem es das Tier als "Sache" mißversteht, hat sich beim Menschen das Bewußtsein der Mitverantwortung für das seiner Obhut anheimgegebene Lebewesen im Laufe der Zeit durchgesetzt.

Der Tierschutz hat in den letzten Jahren, national wie international, erheblich an Gewicht und Aktualität gewonnen. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zu einem umfassenden neuzeitlichen Tierschutz vorgelegt. Bei der Anlage des Gesetzes ist von dem Grundsatz eines ethischen Tierschutzes ausgegangen worden; daraus ergibt sich eine um die Schutzbedürftigkeit des Tieres erweiterte Zielsetzung gegenüber dem bisherigen Tierschutzgesetz aus dem Jahr 1933. Künftig wird nicht mehr allein das Wohlbefinden des Tieres im Sinne des Preisens von Schmerz und Leid und die Unversehrtheit von Schaden, sondern auch das Leben des Tieres geschützt.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß infolge der Entwicklung der Wirtschaftsformen, der Wissenschaft und Technik sich häufig wirtschaftliche und wissenschaftliche sowie ethische Forderungen auf dem Gebiet des Tierschutzes gegenüberstellen. Die vorliegende Konzeption der Bundesregierung steht aber nicht im Widerspruch zu jeder berechtigten und vernünftigen Lebensbeschränkung des Tieres im Rahmen der Lebensinteressen der Menschen. Um die parlamentarische Beratung sachkundig führen zu können, haben in diesen Tagen der Ernährungs- und Innenausschuß des Bundestages Tierschützer, Tierzüchter und Naturwissenschaftler angehört. Im Ergebnis sind sich die Sachverständigen einig: Einerseits soll der Tierschutz erweitert werden, andererseits dürfen die ökonomischen Notwendigkeiten, z.B. die der Massentierhaltung, nicht außer acht gelassen werden. Es besteht Klarheit darüber, daß die tierfeindlichen Auswüchse in der Massentierhaltung gesetzlich bekämpft werden müssen. Ein überzogener Tierschutz darf jedoch die Produktion von Nahrungsmitteln nicht gefährden. Der Schutz hilfloser Tiere ist eine Pflicht; hilflosen Menschen zu helfen ist aber wichtiger; für sie werden wir in Zukunft mehr Gesetze machen müssen.

(-/ex/9.2.1972/og)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Arbeitnehmerschaft offen diskriminiert

Bernhard Muszynski, langjähriger Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Lüneburg-Stadt und -Land, ist aus dieser Partei ausgetreten und Mitglied der SPD geworden. Der Parteiwechsel erfolgte mit nachstehender Begründung:

"Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Mein Entschluß, die CDU nach fast achtjähriger Mitgliedschaft zu verlassen, fällt mir gewiß nicht leicht, zumal ich von Anfang an bemüht war, aktiv in der politischen Arbeit der Union mitzuwirken.

Leider jedoch hat sich die CDU, seit sie sich im Bundestag in der Opposition befindet, nach meinem Eindruck in erschreckendem Maße in rechtskonservativer Richtung profiliert. Betrachtet man ihre Entwicklung vom Ahlener- bis zum Berliner Programm, so mag diese Entwicklung nicht einmal inkonsequent sein - immerhin konnte man eine Zeitlang die begründete Hoffnung hegen, daß die Minderheiten in der Union, die das 'C' nicht mit 'konservativ' gleichsetzen, an Einfluß gewinnen würden. Das hat sich spätestens beim Düsseltdorfer Parteitag als Illusion erwiesen: Männer wie Norbert Blüm und Hans Kätzer, um nur diese beiden zu nennen, sind und bleiben bestenfalls in Ausnahmefällen ein Korrektivfaktor - die entscheidenden Impulse kommen aus anderen Kreisen, die sich durch Politiker vom Schlage eines F. J. Strauß und A. Dregger angemessen vertreten lassen.

Eine Folge davon ist, daß die Arbeitnehmerschaft, deren Interessen die Union zu vertreten vorgibt (die aber in der Partei hoffnungslos unterrepräsentiert ist) offen diskriminiert wird, indem ihre Interessen mit denen der Kapitaleigner identifiziert werden. (Daß es einem sozialen Rechtsstaat gut anstünde, im Sinne einer sozialen Symetrie die Interessen der Kapitaleigner

denen der Arbeitnehmer anzugleichen, hört man höchst selten aus Kreisen der Union. Das führt dann beispielsweise zu der grotesken Situation, daß bezüglich der Demokratisierung in der Wirtschaft Argumente ins Feld geführt werden, die fatal an diejenigen unserer Altvordern erinnern, als es um eine Demokratisierung in der Politik ging. (Die Leute können - wollen - dürfen garnicht mitwirken etc.) Mir scheint dieses stark reduzierte Demokratieverständnis basierend auf einem höchst fragwürdigen Eigentumsbegriff und der Anwendung des Wortes 'Effizienz' am falschen Platz (daß es z.B. 'effizientere Staatsformen', als gerade die Demokratie gibt, läßt sich durchaus auch behaupten!) als symptomatisch für die gegenwärtige Situation in der Union.

Gleichermaßen unvereinbar mit meinen politischen Überzeugungen ist der gegenwärtige Kurs der Union betreffend die Ostpolitik der Bundesregierung. Abgesehen davon, daß mit der mehr oder weniger 'realistischen' Beschreibung von Zuständen noch nie etwas geändert worden ist, ersetzt weder die Beschwörung vermeintlicher oder tatsächlicher Völkerrechtstitel noch eine verantwortungslose Polemik ein fehlendes außenpolitisches Konzept. Förmlich als Treppenwitz der Geschichte muß man es bezeichnen, wenn ausgerechnet die CDU die Verfassungsmäßigkeit der Ostverträge anzweifelt, nachdem sie in den 20 Jahren ihrer Regierungszeit durch eine konsequente Westintegration der Bundesrepublik eine mögliche Wiedervereinigung alles andere als gefördert hat. (Was durchaus auch prominente CDU-Politiker wie Ernst Lemmer und Jakob Kaiser erkannt hatten.)

Abschließend lassen Sie mich Ihnen versichern, daß andere, als die oben angedeuteten sachlichen Gründe bei meinem Entschluß keine Rolle gespielt haben". (-/ex/9.2.1972/bgv)